

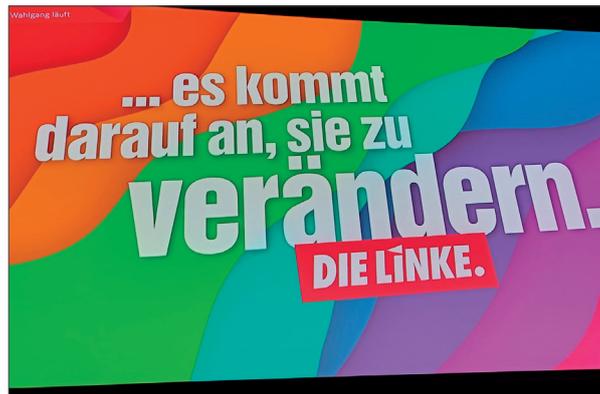
## Neubeginn auf dem Bundesparteitag?

Mit der Neuwahl des Parteivorstandes, dem Beschluss von mehreren politischen Leitanträgen und strukturellen Veränderungen in den Führungsgremien hat der Bundesparteitag in Erfurt die Weichen für einen politischen Neubeginn in den nächsten Zeiten gestellt.

Janine Wissler wurde mit starker Konkurrenz von ca. 57,5 % der Delegierten gewählt. Dass sie nie klar Stellung in der „LinkeMeToo“-Debatte bezogen hat, führte wohl zu diesem Ergebnis. An ihrer Seite steht nun Martin Schirdewan, Fraktionsvorsitzender im Europaparlament aus Thüringen. Deutlich setzte er sich unter sieben Bewerbern durch. Der mit Direktmandat gewählte Bundestagsabgeordnete Sören Pellmann, kam bei dieser Wahl auf 32 % der Stimmen. Neuer Bundesgeschäftsführer wurde der erfahrene Kommunalpolitiker Tobias Bank aus Brandenburg. Auf Beschluss des Parteitages wurde der Parteivorstand von 44 auf 26 Mitglieder verkleinert. Mit im neuen Vorstand sind unsere Thüringer:innen Frank Tempel und Ellen Ost.

Ein Höhepunkt der langen Antragsberatung war die Debatte über die Außen- und Friedenspolitik, in

der auch Vertreter:innen der russischen und der ukrainischen Linken zu Wort kamen. Einig war man sich in der scharfen Verurteilung des russischen Angriffs, aber nicht in der Beurteilung der Mitverantwortung der NATO für die Zuspitzung der Lage in



Europa und für globale Spannungen.

In einer ausführlichen Debatte am Freitag, die noch einmal verlängert wurde, diskutierte der Parteitag über den Umgang mit Vorkommnissen sexueller Belästigung, die die Partei und die Medien in der letzten Zeit beschäftigten. Berichte der hessischen Landtagsfraktion, des hessischen Landesvorstandes und des Bundesvorstandes über bereits eingeleitete und für die Zukunft geplante Maßnahmen zur Prävention

und Ermittlung wurden gegeben. Und obwohl wir sehr zeitintensiv über dieses sehr sensible Thema debattiert hatten und auch das Frauenplenum sich hauptsächlich damit auseinandergesetzt hatte, nutzten einige Vertreter:innen, meist vom Jugendverband, die große Bühne des Parteitages, um ihren Unmut und ihren Protest gegen die erneute Wahl von Janine Wissler in persönlichen Erklärungen lautstark zum Ausdruck zu bringen. Dadurch geben wir nun nach außen leider wieder das Bild einer zerstrittenen, politikunfähigen Partei, die sich nur mit sich selbst beschäftigt.

Schwere Aufgaben muss der neue Vorstand bewältigen. Wird es ihm und uns gelingen, alle innerparteilichen Probleme zu klären und zu überwinden? Ich hoffe sehr, denn, um es mit den Worten von Gregor Gysi zu sagen: „Entweder wir retten unsere Partei, oder wir versinken in der Bedeutungslosigkeit!“ Dabei die Sorgen und Nöte der Menschen in unserem Land und die Probleme und Katastrophen in der Welt nicht aus dem Blick zu verlieren, wird eine sehr schwere Aufgabe. Eine Aufgabe für uns alle, denn die Partei das sind wir!

– CLAUDIA HÖPFNER –



Die Thüringer Delegation zum Bundesparteitag



Unsere Delegierte Claudia zum Bundesparteitag in Erfurt hier mit der ehemaligen Parteivorsitzenden aus Suhl Gabi Zimmer.

## Landesparteitag in Bad Blankenburg



Der Landesparteitag am 21.05.22 wurde von unseren beiden Landesvorsitzenden eröffnet. In ihrem ersten Beitrag bezog sich Ulrike Grosse-Röthig auf die globale Minderausgabe und die dadurch entstehenden Probleme. Des Weiteren forderte sie, dass Bildung und Betreuung kostenlos sein sollen, denn aufgrund der Haushaltsverhandlungen des Landtages müssen, dank der CDU, ab diesem Jahr Menschen aus pädagogischen Ausbildungsberufen wieder ihre Ausbildung selbst finanzieren.

Im Anschluss hielt Christian Schaft eine Rede, in der er Bezug auf die innerparteilichen Streitigkeiten nahm und dass diese überwunden werden müssen. Außerdem müsse die Mitgliederverbindung gestärkt werden. Erst recht, um in der aktuellen Lage mitsprechen zu können. Erst recht, weil Themen wie Klimakrise, Frieden und die soziale Frage aktuell so nah beieinander liegen wie noch nie zuvor, welche eigentlich unsere Kernkompetenzen sind.

Daraufhin folgten einige Grußworte von beispielsweise Madeleine Henfling (B90/Grüne), Dr. Claudio Kullmann (katholische Kirche), Steffen Dittes (Fraktionsvorsitzender) und weiteren. Danach meldete sich Leon Walther als Vorsitzender von Solid zu Wort. Er äußerte, dass bei Solid kein einheitlicher Konsens in Sachen Waffenlieferung gefunden werden konnte, aber Putin als „Imperialistischer Aggressor“ von allen benannt wurde. Nach dem Frauenplenum berichtet Donata Vogtschmidt, dass sich dieses auf ein Maßnahmenpapier im Rahmen der #LinkeMeToo-Debatte geeinigt hat, welches im späteren Verlauf des Parteitages als Antrag nochmals behandelt wurde. Während des Frauenplenums gab es eine Parallelveranstaltung für die männlichen Genossen. Hierbei ging es um die Sensibilisierung für das Thema und es gab Diskussionen um die Debatte. Christian Schaft berichtete im Nachgang über diese Veranstaltung und schätzt sie als „konstruktiv und positiv“ ein.

Nach der darauffolgenden Mittagspause hielt Bodo Ramelow eine Rede über die Friedensdebatte und

seinen Werdegang, wie er zu seinen heutigen Sichtweisen in diesem Punkt kam.

Es folgten daraufhin die Wahlen, welche vom 1. Sitzungstag des 8. LPT verschoben wurden, da dieser wegen der Covid-19 Pandemie stark gekürzt werden musste. Hierbei wurden Ina Leukefeld mit 95,79% in die Landesschiedskommission und Dr. Reiner Miersch mit 89,91% in die Landesfinanzrevisionskommission gewählt. Hierfür möchte ich beiden noch im Nachgang meine Glückwünsche aussprechen. Außerdem wurde der Bundesausschuss neu gewählt. Parallel dazu wurden weitere Anträge behandelt. Hierbei hatte die KPF einen Antrag zum Ukrainekrieg wieder zurückgezogen und wollte einen neuen einbringen. Daraufhin meldete sich Katharina König-Preuß zu Wort, welche Bezug auf den zurückgezogenen Antrag nahm, welcher laut ihr „z.T. Antisemitische Inhalte enthielt“ und er deshalb versucht wurde zu ersetzen. Was in den Reihen der KPF für Empörung sorgte. Weiter ging es mit einem Grußwort vom Abgeordneten des Europaparlamentes Martin Schirdewan, welcher in seiner Rede auf die aktuellen Lebensmittelpreise Bezug nahm und es mit dem schönen Bild: „Essen gehört nicht an die Börse sondern auf die Teller“ abschloss. Weitere Anträge wurden bearbeitet wie z.B. die Forderung, Arbeitgeber in die Finanzierung des Azubi-Tickets mit einzuschließen, da dieses aktuell nur durch das Land Thüringen als auch durch die Azubis selbst getragen wird. Außerdem wurde ein Antrag von Nancy Frind behandelt, welcher dafür sorgen soll, dass innerparteilich und nach außen hin, mehr vereinfachte Sprache genutzt werden soll, damit alles für mehr Menschen leichter verständlich sei. Als letzter Antrag des Tages wurde noch das Maßnahmenpapier des Frauenplenums bearbeitet. Nach einer bewegenden Rede der Ilmenauer Genossin Isabella Gerlach meldeten sich auch mehrere Menschen mit geteilten Meinungen zu der Debatte. Dennoch wurde der Antrag mit großer Mehrheit verabschiedet.

– JILL-NOAH WOITA –

## ANDERSWO GELESEN Klare Ansage

Aus einem Artikel der Journalistin und Publizistin **Bascha Mika** in der jüngsten Ausgabe von **publik**, der Mitgliederzeitung der Gewerkschaft ver.di: „Zweifellos gehört „Entlastung“ derzeit zum Lieblingsvokabular der Bundesregierung. Es klingt so schön nach weniger Ballast, nach Rettung aus Schwere und Not. [...]

*Und dennoch schrammt das Entlastungsgerede am Kern des Problems vorbei. Längst geht es nicht mehr nur um mehr Geld im Portemonnaie. Die Sorgen, die die Menschen umtreiben, sind grundlegender, viel umfassender. [...]*

*Die Furcht aufgrund der politischen Weltlage und die materiellen Sorgen aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung bilden eine toxische Mischung aus Ängsten und quälender Verunsicherung. [...]*

*Die elementare Frage nach sozialer Gerechtigkeit drängt wieder mit aller Schärfe ins Bewusstsein. Die Dauerkrisen haben den Blick auf dieses Dauerthema neu fokussiert, die Ängste reichen bis weit in die Mittelschichten hinein. [...]*

*Die krasse soziale Ungleichheit legt die Lunte an unsere Demokratie. Das wissen wir nicht erst seit heute, doch die Weltläufe rücken diesen schreienden Missstand erneut ganz vorn auf die Agenda. Denn selbst wenn es zu einem Frieden in der Ukraine kommt, selbst wenn die Inflation abflaut, sind die Ursachen des Problems ja keineswegs beseitigt. Zudem schreiben sich einmal erfahrene, tiefgreifende Ängste ins kollektive Bewusstsein ein; wo das Sicherheitsgefühl grundlegend erschüttert wird, bleibt es instabil. Und destabilisiert die Gesellschaft. [...]*

Darum meine ich u.a., dass alle unser Verständnis und unsere Unterstützung brauchen, die mit Streiks für höhere Löhne, Entlastungen im Beruf oder gegen Betriebsschließungen kämpfen.

– SONJA REINHARDT –

**Suhler ANDERE Zeitung** Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE.Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag | **Preis:** eine Spende | **Herausgeber:** DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl | **Tel./Fax:** 03681/308158 | **Web:** www.die-linke-suhl.de  
**Email:** rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de  
**IBAN** DE59 8405 0000 1705 0071 51  
**BIC** HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl  
**V.i.S.P.:** Ina Leukefeld | Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen  
**Redaktionsschluss** unserer August-Ausgabe 2022 ist am 22.07.2022.

## "Kunst ist Waffe"

So erzählte es schon Friedrich Wolf in seinem Gedicht.

Wieviel Angst die Mächtigen vor dieser "Waffe" hatten, zeigte sich bereits seit Jahrhunderten. Schon in jedem Zeitalter versuchten sie, Literatur und Kunst zu zerstören, um das für ihre Interessen gefährliche Gedankengut auszumerzen.

Mit der öffentlichen Bücherverbrennung vor 89 Jahren, begonnen am 10. Mai 1933 zeigt sich die Angst der Nazidiktatur vor anderen Meinungen und wiegelte die SA und die Studentenschaft der Universitäten auf, Bücher mit unliebsamem Gedankengut demonstrativ mit Feuersprüchen im Feuer zu zerstören. Ihr Ziel war es, eine eigene nationalsozialistische Kultur zu entwickeln, die ihrem Schönheitsideal und der "Reinheit der arischen Rasse" entsprechen sollte.

So brannten in Berlin und einigen Universitätsstädten Haufen von "undeutschen" und "verbrennungswürdigen" Büchern.

Der Universitätsbibliothekar Wolfgang Herrmann stellte die erste schwarze Liste mit in der NS-Zeit verbotenen Autoren, darunter Karl Marx, Siegmund Freud, Karl Kautsky, Kurt Tucholsky, Heinrich Mann und Thomas Mann zusammen. Mit sogenannten Feuersprüchen wurden die Bücher ins Feuer geworfen.

Die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 war der Höhepunkt der sogenannten Aktion "Wider den undeutschen Geist": die systematische Verfolgung jüdischer, marxistischer, pazifistischer und anderer oppositioneller oder politisch unliebsamer Schriftsteller. So sollte die Wende in Richtung nationalsozialistischer Erziehung eingeleitet werden.

Der Dichter Heinrich Heine sagte damals: "Das war nur ein Vorspiel, dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende sogar Menschen". Und wie heute jeder weiß, hatte Heinrich Heine leider recht mit dieser Erkenntnis.

Wenige Tage nach der ersten öffentlichen Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 wurde am 16. Mai durch ein Börsenblatt des Buchhandels und des Verbandes deutscher Leihbibliotheken in einem Rundschreiben die Anweisung, bzw. die Empfehlung gegeben, die Ausmerzung "undeutscher" Literatur systematisch fortzusetzen.

Die "Säuberung" von Bibliothe-

ken und Verlagsprogrammen wurde laufend weiter fortgeführt. Die von Bibliothekar Herrmann entworfene schwarze Liste wurde laufend weitergeführt. Ein Jahr später erfasste sie mehr als 3000 verbotene Titel von Büchern und Schriften. Die Feuer brannten nun in allen Universitätsstädten Deutschlands.

Unter den Schriftstellern und Autoren herrschte Ohnmacht, Wut und Verzweiflung. Es gab einige, die in die Emigration gingen, und es gab leider auch Verzweiflungsakte wie Selbstmordversuche.

Unter den Autoren, deren Werke im Feuer landeten, gehörten Werke von Friedrich Wilhelm Foerster, Emil Ludwig, Werner Hegemann, Erich Maria Remarque, Alfred Kerr, Karl von Ossietzky und Erich Kästner, um nur einige zu nennen.

Erich Kästner stand, während seine Werke verbrannt wurden, unter den Zuschauern und mußte zusehen, wie seine Bücher verbrannt wurden. Aufgrund der zugestandenen Freiheit bei der Auswahl der "verbrennungswürdigen" Werke wurden von beliebigen Büchereien zusätzliche Autoren, wie Heinrich Heine, Klabaud, Frank Wedekind, Albert Einstein, Carl Zuckmayer, Bertha von Suttner, F.C. Weiskopf, Jack London, Bert Brecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Egon Erwin Kisch, Klaus Mann, Joachim Ringelnatz und viele, viele mehr vorgeschlagen und Werke von ihnen im Feuer zerstört.

Die Angst vor Kunst und Kultur endete aber nicht bei den Schriftstellern. Unzählige Künstler, Sänger, Schauspieler und bildende Künstler erlebten Berufsverbot oder sie gingen ins Exil. Besonders bei Moderner Kunst (Expresionistischer Kunst), die die NS-Spießer nicht verstehen konnten und wollten, wurden die Künstler als "ver-

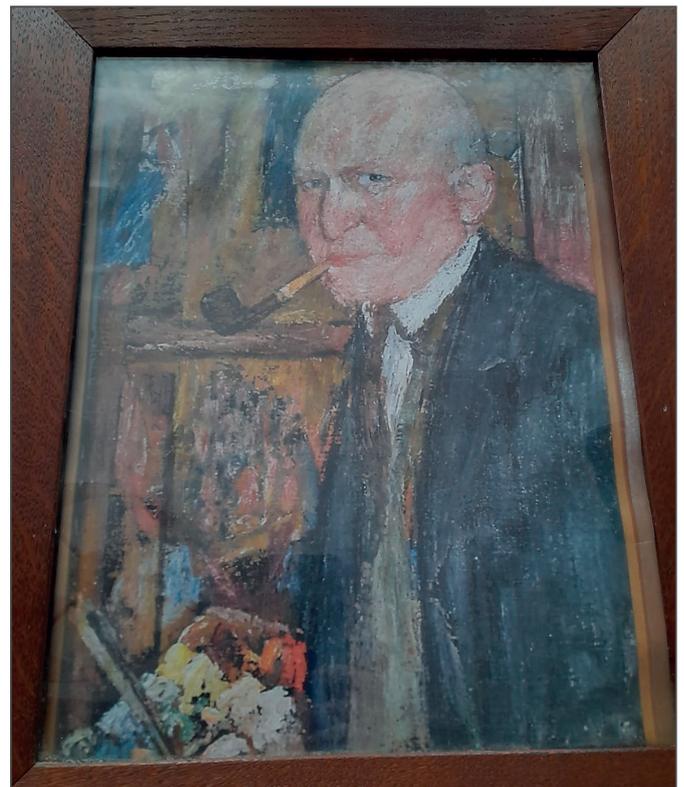
rückt und andersartig" hingestellt und ihre Werke als "Entartete Kunst" diffamiert. Entartete Kunst war in der NS-Diktatur der offizielle Propaganda-Begriff für die Werke, die nicht mit dem "Kunstverständnis" und dem "Schönheitsideal" der Nationalsozialisten im Einklang standen. Sie bringt das große Spießertum der Nationalsozialisten zum Ausdruck und enthüllt die Angst und den Hass auf jede Form von Individualismus und Lebensfreude.

Auch einige Werke des Suhler Malers und Grafikers Alexander Gerbig (geb. 8.11. 1878 in Suhl), wurde als entartete Kunst diffamiert und während der NS-Zeit aus den deutschen Kunstmuseen genommen. Auch in seiner Heimatstadt Suhl wurden während der NS-Zeit keine Personalausstellungen von ihm gemacht, wie in den Jahren zuvor. Alexander Gerbig lebte aber weiter in Suhl und begab sich in eine innere Emigration.

Nach 1945 bemühte sich Alexander Gerbig um eine Neubewertung deutscher Kunst und Kultur. Er wurde Ehrenvorsitzender der Sektion Bildende Kunst beim Kulturbund Suhl.

1948 verstarb der bedeutende Suhler Künstler in seiner Heimatstadt Suhl.

– ANNETTE FRITZ –



Alexander Gerbig, Suhler Maler 1887-1948

**Sehr geehrter Herr Weltzien,**

Vor nunmehr genau sechs Jahren, im Mai 2016, etablierte sich unsere Bürgerinitiative zur Rettung dieses Hauses, das sich damals in einem sehr desolaten Zustand befand. Viele Menschen in Suhl wollten sich mit einem Abriss nicht abfinden.

Dass es gelungen ist, dieses Haus als "Haus der Geschichte" für unsere Stadt zu erhalten, haben wir auch dem beharrlichen Streben der Stadtratsfraktion Die Linken zu verdanken, die gegen alle Widrigkeiten das Ziel beharrlich mitverfolgt hat und uns vor allem in der Anfangszeit unserer Unterschriftenaktion sehr geholfen hat.

Dafür möchte ich mich im Namen meiner Mitstreiter der Bürgerinitiative recht herzlich bedanken und bitte, diesen Dank an die gesamte Fraktion zu übermitteln. Ein besonderer Dank geht auch an Ina Leukefeld, die dafür gesorgt hat, dass unser Anliegen in Erfurt stets den notwendigen Widerhall fand.

Suhl verfügt nun über ein Haus, um das uns manch andere Stadt beneiden wird. Ich wünsche uns, dass die Schätze unserer Stadtgeschichte nunmehr möglichst umfassend unseren Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht werden und freue mich auf eine erfolgreiche Aufarbeitung der Geschichte unserer Stadt.

KLAUS MEIER, EHEMALS SPRECHER DER BÜRGERINITIATIVE  
"RETTUNG KULTURHAUS-PORTALGEBÄUDE SUHL"

**Warum ich erleichtert bin**

Das SGB II wurde 2005 als so genannte Grundsicherung für Arbeitsuchende eingeführt und sollte eine bessere Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt bewirken. Dieses berüchtigte „Hartz IV“ ist leider bis heute ein bürokratisches Monster geblieben. Arbeitslose Menschen geraten in entwürdigende Abhängigkeitsmühlen. Ich kann mich noch recht gut an die vielen Menschen erinnern, die damals in unserer Selbsthilfegruppe „Herz statt Hartz“ bei unseren Treffs Rat suchten und sehr verzweifelt waren. Das „Arbeitslosenfrühstück“ hat später ihre Probleme aufgegriffen, gebündelt und an die politischen Entscheidungsträger weitergegeben. Mit zahlreichen Korrekturen und Nachbesserungen wurde versucht, das Gesetz in der Umsetzung praxistauglich zu machen. Es entstand dadurch aber auch eine für Laien verwirrende Unübersichtlichkeit. Das Gesetz hatte auf Nichtbetroffene ganz schnell eine abschreckende Wirkung und verstärkte den Entsolidarisierungsprozess in der Gesellschaft.

Aus den vielen Begegnungen mit ALG-II-Empfängern und aus eigenen Erfahrungen weiß ich, dass die Regelleistungen nie die realen Bedarfe abdecken und man sich isolieren muss, weil das Geld für das Nötigste fehlt. Man geht nicht mehr zum Arzt, weil die Eigenbeteiligungsbeiträge für Medikamente nicht mehr möglich sind. Zahnprothesen und Brillen werden zu Luxusartikeln. Vieles, was für andere selbstverständlich ist, unterliegt dem Einsparungszwang. Der große Zulauf bei den Tafeln macht sichtbar, dass wir immer noch ein Armutsproblem in unserer „wohlhabenden Gesellschaft mit schöner Fassade“ haben. Ich fand es deshalb empörend und ungeheuerlich, dass Job-Center, die die Kosten für Schülermonatskarten übernehmen, den Differenzbetrag zu den 9-EURO-Tickets zurückholen wollen. Es ist gut, dass unser Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow auf dem Erfurter Parteitag dazu Stellung genommen und solch ein skandalöses Gebaren verurteilt hat. – ELISABETH PFESTORF –

**Termine Juli 2022**

- |        |       |  |
|--------|-------|--|
| 05.07. | 17:30 | Stadtvorstand, Geschäftsstelle, Rüssenstraße 19            |
| 12.07. | 17:30 | AG Öffentlichkeitsarbeit, Geschäftsstelle, Rüssenstraße 19 |
| 27.07. | 15:00 | Polit-Café, Geschäftsstelle, Rüssenstraße 19               |

**Wir wünschen allen eine wundervolle Sommerpause!**